

Mitteilung Österreichs nach Artikel 33 Abs. 1 und 2 sowie Artikel 34 Abs. 4 der Richtlinie 2014/41/EU über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen

I. ARTIKEL 2 LITERA C UND D (BENENNUNG DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDEN):

I.1. Zuständige Behörden für eingehende Ersuchen

I.1.a. Für das gerichtliche Strafverfahren

Zuständige Behörden für eingehende Ersuchen um Anerkennung und Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung sind **grundsätzlich die Staatsanwaltschaften** (sh Beilage „Justizbehörden“).

Soweit die Europäische Ermittlungsanordnung **Auskünfte aus einem Strafverfahren, die Überlassung von Akten oder die Durchführung von Vernehmungen betrifft und bereits Anklage erhoben wurde**, sind jedoch die **Landesgerichte und Bezirksgerichte** (sh Beilage „Justizbehörden“) zuständig. Die Bescheinigung („Europäische Ermittlungsanordnung“) muss jenem Gericht übermittelt werden, bei dem das Verfahren anhängig ist.

Für **Durchlieferungen durch Österreich** zur zeitweiligen Überstellung einer inhaftierten Person (**Artikel 22 und 23 RL 2014/41/EU**) ist zuständig:

Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, Abteilung IV 4 für internationale Strafsachen, Museumstraße 7, 1070 Wien, Telefon: +43 1 52152-0, Fax: +43 1 52152-2500, E-Mail: team.s@bmvrj.gv.at

I.1.b. Für das Verwaltungsstrafverfahren:

Zuständige Behörden für eingehende Ersuchen um Anerkennung und Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung sind **grundsätzlich die Verwaltungsstrafbehörden**:

- Bezirksverwaltungsbehörden, das sind die Bezirkshauptmannschaften, in Städten mit eigenem Statut der Bürgermeister bzw. in Wien der Magistrat;
- Landespolizeidirektionen in ihrem Wirkungsbereich in Gemeinden, wo die Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitsbehörde erster Instanz ist [Eisenstadt, Rust, Graz,

Leoben, Innsbruck, Klagenfurt am Wörthersee, Villach, Linz, Steyr, Wels, Salzburg, Sankt Pölten, Wiener Neustadt, Schwechat, Fischamend, Klein-Neusiedl, Schwadorf, Wien].

Soweit die Europäische Ermittlungsanordnung Auskünfte aus einem (in der Rechtsmittelinstanz) bei einem **Verwaltungsgericht** anhängigen Strafverfahren oder die Überlassung solcher Akten betrifft, sind die **Verwaltungsgerichte (Landesverwaltungsgerichte, Bundesverwaltungsgericht)** zuständig.

Die Bescheinigung („Europäische Ermittlungsanordnung“) muss jener Behörde übermittelt werden, bei der das Verfahren anhängig ist.

Ist eine Behörde, die eine Europäische Ermittlungsanordnung erhält, nicht zuständig, so hat sie diese von Amts wegen an die zuständige Stelle zu übermitteln.

I.1.c. Für das verwaltungsbehördliche Finanzstrafverfahren:

Liegt der Europäischen Ermittlungsanordnung ein Finanzvergehen (Steuer- oder Zolldelikt) mit einem Verkürzungsbetrag von unter 100.000 Euro (50.000 Euro bei Zolldelikten) zugrunde, so sind für die Anerkennung und Vollstreckung der Europäischen Ermittlungsanordnung die Finanz- und Zollämter als Finanzstrafbehörden zuständig. Die Europäische Ermittlungsanordnung ist an die zentrale Behörde im Sinne der RL 2014/41/EU zu übermitteln:

Competence Center for International Cooperation in Fiscal Criminal Investigations (CC ICFI)
Brehmstraße 14
A-1110 Wien
E-Mail: post.sf-rechtshilfe@bmf.gv.at
Fax: +43 50 233 5953021

I.2. Zuständige Behörde für ausgehende Ersuchen

I.2.a. Für das gerichtliche Strafverfahren

Zuständige Behörde für ausgehende Ersuchen um Erwirkung der Anerkennung und Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung sind die Staatsanwaltschaften sowie die Bezirks- und Landesgerichte (sh Beilage „Justizbehörden“).

I.2.b. Für das Verwaltungsstrafverfahren

Zuständige Behörden für ausgehende Ersuchen um Erwirkung der Anerkennung und Vollstreckung einer Europäischen Ermittlungsanordnung sind die Verwaltungsstrafbehörden und die Verwaltungsgerichte (s. oben unter Pkt. I.1.b).

I.2.c. Für das verwaltungsbehördliche Finanzstrafverfahren:

Bei Finanzvergehen (Steuer- oder Zolldelikt) mit einem Verkürzungsbetrag von unter 100.000 Euro (50.000 Euro bei Zolldelikten) sind die Finanz- und Zollämter (sh Beilage „Finanzstrafbehörden“) sowie das Bundesfinanzgericht (Rechtsmittelinstanz) zuständig.

II. ARTIKEL 5 ABSATZ 2 (SPRACHEN):

Für alle Verfahrensarten:

Der Bescheinigung („Europäische Ermittlungsanordnung“) ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache anzuschließen. Gegebenenfalls sind auch Beilagen zu übersetzen. Bescheinigungen und ggf Beilagen zur EEA in anderen Sprachen werden auf der Grundlage der Gegenseitigkeit akzeptiert, das heißt unter der Voraussetzung, dass der betreffende Mitgliedstaat als Vollstreckungsstaat Bescheinigungen auch in deutscher Sprache akzeptiert.

III. ARTIKEL 7 ABSATZ 3 (ZENTRALBEHÖRDE)

Für das gerichtliche Strafverfahren:

Das

Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, Abteilung IV 4 für internationale Strafsachen, Museumstraße 7, 1070 Wien, Telefon: +43 1 52152-0, Fax: +43 1 52152-2500, E-Mail: team.s@bmvrj.gv.at

ist unterstützend zur Vermittlung tätig.

Für das verwaltungsbehördliche Finanzstrafverfahren (Steuer- und Zolldelikte):

Competence Center for International Cooperation in Fiscal Criminal Investigations (CC ICFI)
Brehmstraße 14
A-1110 Wien
E-Mail: post.sf-rechtshilfe@bmf.gv.at
Fax: +43 50 233 5953021

**IV. ARTIKEL 22 ABSATZ 4 (UNTERLAGEN FÜR DIE DURCHLIEFERUNG DURCH ÖSTERREICH IM FALL
EINER ÜBERSTELLUNG EINER INHAFTIERTEN PERSON)**

Es ist ein schriftliches Ersuchen zu stellen, aus dem sich die Identität und die Staatsangehörigkeit der inhaftierten Person, das Vorliegen einer Europäischen Ermittlungsanordnung zur Überstellung der inhaftierten Person, die Art und rechtliche Würdigung der Straftat und die Beschreibung der Umstände, unter denen die Straftat begangen wurde, einschließlich Tatzeit und Tatort, ergeben.

V. ARTIKEL 34 ABSATZ 4 (ANWENDUNG VON ANDEREN ÜBEREINKOMMEN)

Die Republik Österreich beabsichtigt, die nachfolgenden Abkommen, Verträge bzw Übereinkommen weiter anzuwenden:

Vertrag vom 10.11. bzw. 19.12.2003 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur polizeilichen Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten,

Vereinbarung vom 15.12.1997 zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Italienischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit sowie Vertrag vom 11.7.2014 zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der italienischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit,

Vertrag vom 14.11.2007 zwischen der Republik Österreich und der Republik Kroatien über die polizeiliche Zusammenarbeit,

Vertrag vom 13.2.2004 zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit sowie Vertrag vom 14.2.2014 zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik, durch welchen der am 13. Februar 2004 unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit geändert und ergänzt wird,

Vertrag vom 28.10.2003 zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über die polizeiliche Zusammenarbeit,

Vertrag vom 14.7.2005 zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und die zweite Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen sowie Vertrag vom 5.12.2014 zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik zur Änderung und Ergänzung des Vertrags zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und die zweite Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen,

Abkommen vom 29.5.2002 zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Bulgarien betreffend polizeiliche Zusammenarbeit,

Abkommen vom 5.7.2002 bzw. 29.7.2003 zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen betreffend die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität,

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung Rumäniens über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität, des internationalen illegalen Suchtgifthandels, des internationalen Terrorismus sowie für sonstige Zwecke im Dienste der Strafrechtspflege vom 18.3.1999,

Vertrag vom 27.5.2005 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration samt Erklärungen der Republik Österreich und Gemeinsamer Erklärung (Prümer Vertrag),

Konvention vom 5.5.2006 über die polizeiliche Zusammenarbeit in Südosteuropa,

Protokoll vom 4.9.2017 zwischen der Republik Österreich und Ungarn zur Änderung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn über die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität,

Abkommen vom 20.1.2004 zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Lettland betreffend die polizeiliche Zusammenarbeit,

Vertrag vom 27.10.1993 zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 in der Fassung des Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 17. März 1978 und die Erleichterung seiner Anwendung,

Vertrag vom 27.7.1994 zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe,

Vertrag vom 14.7.2005 zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und die zweite Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen,

Vertrag vom 5.12.2014 zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik zur Änderung und Ergänzung des Vertrags zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und die zweite Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen,

Vertrag vom 20.6.1994 zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung,

Vertrag vom 2.6.2003 zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung,

Vertrag vom 27.2.1978 zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über die Rechtshilfe in Strafsachen,

Vertrag vom 20.2.1973 zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung,

Vertrag vom 18.11.1983 zwischen der Republik Österreich und der Französischen Republik zu dem Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959,

Vertrag vom 31.1.1972 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung,

Vertrag vom 20.11.2003 zwischen der Republik Österreich und der Republik Kroatien über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen in der Fassung des Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung,

Übereinkommen aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen,

Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in der Fassung des am 1. Juni 2011 in Kraft getretenen Protokolls,

Vertrag vom 4.10.1954 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen,

Vertrag vom 11.9.1970 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Rechts- und Amtshilfe in Zoll-, Verbrauchsteuer- und Monopolangelegenheiten,

Übereinkommen zwischen der Republik Bulgarien, der Republik Kroatien, Ungarn und der Republik Österreich über die Erleichterung der grenzüberschreitenden Verfolgung von die Straßenverkehrssicherheit gefährdenden Verkehrsdelikten,

Administratives und technisches Durchführungsübereinkommen vom 5.5.2015 zum Übereinkommen zwischen der Republik Bulgarien, der Republik Kroatien, Ungarn und der Republik Österreich über die Erleichterung der grenzüberschreitenden Verfolgung von die Straßenverkehrssicherheit gefährdenden Verkehrsdelikten,

Vertrag vom 31.5.1988 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen.